

Thorner Zeitung.



Redaktion und Expedition Sächterstraße 255.
Inserate werden täglich bis 2 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfspaltige Beile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 s.

Begründet 1760.

1878.

Nro. 202.

Freitag, den 30. August.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 2 M. — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 M. 50 s.

Für den Monat September werden wir ein monatliches Abonnement auf die „Thorner Zeitung“ eröffnen, zum Preise von 0,68 Mark für hiesige und 0,84 Mark für auswärtige Abonnenten.

Die Expedition der Thorner Zeitung.

Nochmals die küssinger Verhandlungen.

Er hat einen Namen zu verlieren in der Geschichte und deshalb darf nicht beforcht werden, er könne Rechte des Staates zu Gunsten der Curie preis geben — so lautet nicht bloß Bismarck's, sondern auch das Urtheil der deutschen Nation über den Fürsten Bismarck bei den Verhandlungen von Massella, und das Urtheil stützt sich auf die Erkenntnis von der Unmöglichkeit, daß aus rein tactischen Gründen, aus Zweckmäßigkeitsrücksichten der augenblicklichen politischen Neigungen große wichtige Principien preis gegeben werden könnten. Die gewaltige Wucht der Thatfachen bestimmt den Staatsmann gerade so sehr und noch mehr, wie den Einzelnen in seinen Privathandlungen, und so hoffen wir auch jetzt noch trotz aller beunruhigenden Gerüchte und des unbegreiflichen Schweigens der halbamtlichen Presse, daß das deutsche Reich nie in unwürdiger Weise mit Rom pactiren und auf Kosten seines moralischen Ansehens den Streit beilegen wird.

Es haben sich vieler Blicke bangend nach Küssingen gerichtet, und das nicht ohne Grund. Jedenfalls bleibt die große auswärtige Politik des Kanzlers, nur wenn sie sich von Rom nicht berücken läßt, in ihrer idealen Richtung und je allgemeiner die Ueberzeugung bis zur Eröffnung des neuen Reichstages ausgeprägt sein kann, daß der Kanzler fest bleibt, desto mehr Aussicht ist vorhanden, daß die Session wenigstens mit nicht allzu großer Voreingedenkenheit in den Gemüthern beginnen wird. Der Reichskanzler ist noch heute im ganzen Reich ein sehr populärer Mann, aber er ist es nicht zum geringsten Theile um seiner Schneidigkeit willen, womit er das Staatsprincip gegen clericale Gelüste rettete und hochhielt. So liegen die Dinge ein für alle mal, daß der Kanzler in seiner kirchenpolitischen Action keine Wahl hat: jedes Verlassen des bisher festgehaltenen und muthig verteidigten Standpunktes ist eine Etappe nach Canossa, und von Canossa darf nicht die Rede sein.

Es bleibt in der That bemerkenswerth, daß unsere evangelische Orthodoxie vom ersten Augenblick an, wo Massella in Küssingen sich sehen ließ, aufs Genueste über Alles informirt war, was der Papst von Bismarck wollte. Unsere Orthodoxie ist bei einem etwaigen Ausgleich mit Rom gerade so interessiert, wie die ganze ultramontane Welt, und das verleihet den Küssinger Verhandlungen ein erhöhtes Interesse. Unsere evangelische „Rechtgläubigkeit“ wünschte im Grunde ihres Herzens, es möchte so Etwas wie ein Canossa zum Vorschein kommen, denn sie weiß, daß dann der jetzige Kanzler unmöglich wäre, und er ist ihr bei jeder ihrer Bestrebungen außerordentlich im Wege. Sie speculirt auf Triumphe Roms, weil ihr päpstliche Triumphe unmittelbar große Erfolge einbringen würden; denn unsere Orthodoxie hat heute in der Generalsynode ein Organ, mit dessen Hilfe sie unter einem ihr gehorsamen Cultusminister und bei einer conservativen Landtagsmehrheit im Umsehen zu einer Macht sich aufschwingen kann, welche die der Macht des Papstes wenig nachstehen würde. Jede die der Macht des Papstes wenig nachstehen würde. Jede die der Macht des Papstes wenig nachstehen würde.

Die Römischen wissen ganz genau, daß sie sich des Beistandes unserer „Rechtgläubigen“ zu erfreuen haben, und deshalb schwiegen sie selbst über Das, was von Küssingen verlautete, mit peinlicher Vorsicht; aber sie informirten ihre evangelischen Bundesgenossen, denen sie nicht ohne Bewunderung nachsahen, niemals so correct der römische Kirchenanspruch zum Ausdruck gekommen, wie in den jüngsten wohlformirten Sätzen der berliner „Kreuzzeitung“.

Unsere Kleist-Mezow und Genossen haben noch die Verbrüderungsversuche im Gedächtnis, die vor zwei Jahrzehnten in Erfurt angestellt wurden. Damals wollten katholische und evangelische Gläubige zu festem Bunde sich einigen und jeder Revolution nach unten wie nach oben entgegenzutreten. Die preussische Politik hatte so schon es ihnen, schon damals nicht recht Lust, den Papisten zu Willen zu sein und deshalb erklärte die evangelisch-römische Coalition dem preussischen Königthum den Krieg, falls es Italien gelation den Papst etwa im Stich ließe. Bismarck, damals noch gegenüber dem Papst sehr aufmerksam, und die erfurter Vorgänge waren wohl der erste Anlaß, sich von der Kreuzzeitungs-Partei loszulösen.

Jetzt dürfte dem Kanzler wohl nicht entzogen sein, wie die erfurter Coalition noch heute vorhält, und wessen er sich zu versehen hat, wenn er neben Massella auch Herrn Hofprediger Kögel und dessen Hintermännern in die Hände arbeitet. Wo es gilt, „geistliche“ Ansprüche zu versetzen, da hört bei den „geistlichen“ Instanzen die royalistische Begeisterung auf und ihr hierarchisches Wesen beherrscht sie ganz. Die weltliche Macht des Papstthums und die „evangelische Pfarrhufe“ machen, wie vor Jahrzehnten in Erfurt, grade so noch heute dem hochenzollernschen Königthum beargwünzlich daß „auf einerlei Recht“ der Machtanspruch aller Drei

basirt, und hiervor muß daß Gewissen eines Staatsmanns erschrecken, der in Bekämpfung des politischen wie des kirchlichen Particularismus den Staat der Zollern zur Präsidialmacht des deutschen Reichs erhoben hat.

Wehr noch vielleicht wie der sich immer gleichbleibende Hochmuth Roms hat den Kanzler während der küssinger Verhandlungen der evangelisch orthodoxe Uebermuthung zur Besinnung gebracht und ihn gelehrt, mit „geistlichen“ Herren sich so wenig wie möglich einzulassen. Die evangelische „Rechtgläubigkeit“ war der officiöse Interpret römischer Wünsche; begreiflich genug wäre es, daß Bismarck nur um so mehr Grund sah, vorsichtig zu sein und sich auf nichts einzulassen, daß nur entfernt einem Compromittiren der von ihm selbst erst so scharf ausgeführten staatlichen Hoheitsrechte ähnlich sähe. Im Reichstage wird der Kanzler höchst wahrscheinlich über Küssingen interpellirt werden, aber wir halten an der Hoffnung fest, daß die Antwort ihm nicht schwer fallen und daß sie die liberale Partei befriedigen wird.

Tagesübersicht.

Thorn, den 29. August.

Wie bisher aus Teplitz, so kommen jetzt aus Gastein unausgesezt die günstigsten Nachrichten über das Befinden unseres Kaisers. Es soll bereits Bestimmung getroffen sein, daß der Monarch nach der Theilnahme an den Kaisermanövern des hessen-nassauischen Armee-corps der feierlichen Enthüllung des colossalen Reiterdenkmals, welches die Stadt Köln seinem Vater, dem König Friedrich Wilhelm III., auf dem Heumarkt setzt, beizuwohnen wird.

Schnitz-Dehlich feiert heute seinen 70. Geburtstag. Albert Träger widmet dem Veteran des Fortritt's nachstehendes Gedicht:

Dein Leben kam auf siebzig Jahr'
Und köstlich ist's gewesen,
Weiß Niemand' und Arbeit immerdar
Zum Ziel Du Dir erlesen;
Der Trägheit kämpfstest, dem Verrath
Du muthvoll stets entgegen,
Und heute noch mit Wort und That
Lehrst Du der Arbeit Segen.

Den stolzen Spruch: Selbst ist der Mann!
Schriebst Du auf Deine Fahne
Und trägt sie hoch dem Volk voran,
Doch es den Weg sich bahne
Zur Freiheit, die kein Heiland mehr
Ihm wird vom Himmel bringen,
Die es in Mühen, Hart und schwer,
Sich selber muß erringen.

Dich traf der hoffnungsreiche März
Schon kämpfend auf der Zinne,
Umsonst — doch zogst Du heimathwärts
Mit ungebeugtem Sinne
Und sätest nun im engen Kreis
Von Frischem unbedroffen,
Und warbst mit nimmer müdem Fleiß
Die thätigen Genossen.

Noch stehst Du in den ersten Reihn,
Der Letzte von den Alten,
Dir blieb im Abendsonnenschein
Der Augenmuth erhalten,
Auch ist des Volkes treuer Sohn
Nicht ohne Dank geblieben,
Dir ward des Mannes höchster Lohn:
Des ganzen Volkes Lieben.

Auf's Neue hat der alte Streit
Sich tobend jetzt erhoben,
Die Feinde drängen schlagbereit
Von unten und von oben,
Wir sehen ohne Furcht sie nah'n,
Mit unentwegtem Schritte
Behaupten wir auf schmaler Bahn
Des Rechtes heil'ge Mitte.

Und was auch Schlimmes kommen mag
Wir müssen doch bestehen,
Ob wir des Sieges Freundentag
Auch selber nicht mehr sehen.
So lang' für Freiheit und für Recht
Die Herzen noch entbrennen,
Wird Dich das späteste Geschlecht
Mit Dank und Ehrfurcht nennen.

Ueber die Reichstagsession hinaus richtet die politische Welt ihre Blicke bereits auf die nachfolgende Landtagsession. Es läßt sich freilich noch nicht mit Sicherheit erkennen, welche Arbeiten der Landtag in seiner Winter-session außer dem Etat zu erledigen haben wird; nach den Andeutungen, die da und dort auftauchen und in der allgemeinen Situation ihre Begründung finden, scheint aber die Session überwiegend den Charakter der Siftung, nicht zu sagen Stagnation, tragen zu sollen. An umfassendere Vorlagen zur Fortsetzung der Verwaltungsreform ist wohl eben so wenig zu denken, wie etwa an das langersehnte Unterrichts-gesetz, und die Steuerreform muß natürlich auch erst im Reich in An-

griff genommen werden, bevor die Einzelstaaten an diese Aufgabe heranreten können. So werden denn die großen Gebiete gesetzgeberischer Wirksamkeit in Preußen zunächst wohl ziemlich brach liegen bleiben und die parlamentarischen Verhältnisse im preussischen Abgeordnetenhaus sind auch in der That dermalen nicht der Art, um bei irgend einem großen gesetzgeberischen Werke ein erspriechliches Resultat erwarten zu können. Ist die Regierung schon im Reichstage auf die Unterstützung durch den Liberalismus angewiesen, so kann sie die Verständigung mit dieser Partei im Abgeordnetenhaus noch viel weniger entbehren, da die Position der conservativen Parteien in dieser letzteren Körperschaft noch weit schwächer ist als im neuen Reichstag. Daß unter den heutigen Verhältnissen diese Verständigung mit den heftig bekämpften liberalen Parteien noch schwerer und mühevoller sich vollziehen wird als früher, liegt auf der Hand. Das alte vertrauensvolle Zusammengehen hat nun einmal einen starken Stoß erlitten, und doch tritt die Thatsache, daß die Regierung die Unterstützung derjenigen liberalen Parteien zu suchen gezwungen ist, zu der sie sich soeben noch in den schroffsten Gegensatz gestellt, im Landtage in noch helleres Licht als im Reichstage. Bei diesem ungelunden Verhältnis kann man es kaum bebauern, wenn wichtige gesetzgeberische Arbeiten, zu deren erspriechlicher Behandlung die Vorbedingungen augenblicklich fehlen, verlagert werden.

Dem Reichstage wird der in der letzten Session nicht zur Erledigung gelangte Handelsvertrag mit Rumänien wieder vorgelegt werden. Bekanntlich wurde dieser Handelsvertrag auf Antrag des Abg. Dr. Lasker einer besonderen Commission überwiesen, weil in der Convention nicht klar gestellt war, daß die Juden in Rumänien gleich den anderen Confessionen hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte, wie z. B. Erwerb von Grundeigenthum behandelt werden sollten. Durch den Beschluß des europäischen Congresses, wonach Rumänien seine Unabhängigkeit erlangt, jedoch unter der Klausel der Gleichstellung aller Kulte, hat diese den Handelsvertrag berührende Frage vorläufig ihre Erledigung gefunden. Inzwischen kommt aus Bukarest die Nachricht, daß die rumänische Regierung wegen der Schwierigkeit der Ausführung der betreffenden Artikel des Berliner Vertrages, der Gleichstellung der Juden mit den anderen Confessionen, eine Modifikation der beregten Artikel anstrebe. Zu diesem Zweck hat der rumänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Cogalniceanu, eine Reise nach den verschiedenen Höfen angetreten. Wie wir hören, hat die italienische Regierung es entschieden abgelehnt, in eine Modifikation der Stipulationen des Berliner Vertrages zu willigen und besteht dieselbe darauf, daß seitens Rumäniens die Congressbeschlüsse streng respectirt werden. Auch in Paris und Berlin wird Herr Cogalniceanu wohl keine andere Antwort erhalten.

Die Harmlosigkeit des Zigeunerlebens wird durch eine Meldung aus Lüneburg recht sonderbar illustriert. Dort lagerte Ende vorigen Monats bei dem Dorfe Sinstorf, Amt Harburg, eine Zigeunerbande, aus Bosnien stammend. Ein Mitglied derselben, Jurasch Marinkowicz aus Banjaluka, hat nun daselbst am 1. d. seinen Genossen Mia Marinkowicz erschlagen. Beide waren Mitglieder einer herumziehenden Bärenführerbande. Bei dem Morde waren die Frau des Mörders sowohl als auch die Frau, die Tochter und der Sohn des Ermordeten als Zeugen, die sofort nach Verübung desselben weitergezogen sind, zugegen. Diese, sowie die anderen Mitglieder der Bande, Jowan Giorgowicz, Stephan Jowanowicz und Stanko sollen nun als Zeugen vernommen werden und werden diese deshalb gesucht.

Theresia Schurz, geb. Niembch von Strehlenau, die einzige Schwester Lenau's, starb in Weidling im Alter von 77 Jahren.

Auf dem Trocadero, so wurde von mehreren pariser Blättern mitgetheilt, sollten demnächst große spanische Stiergefächte veranstaltet werden. Der pariser Thiergärtnerverein hat beim Minister des Innern gegen derartige Schaustellungen energischen Einspruch erhoben; es wurde darauf hingewiesen, daß das Gesetz solche Thierquälereien in Frankreich nicht gestatte. Bravo!

Die österreichisch-türkische Convention droht zufolge eines uns zugehenden Berichts aus Wien, trotz allen Widerstandes in der öffentlichen Meinung Oesterreichs ins Leben zu treten, und zwar in der bösen Form ins Leben zu treten, welche man dem Grafen Andrássy zum Vorwurfe macht. Man schreibt heute in dieser Sache Folgendes:

Wien, 28. August. Die Konventionsfrage ist in dem letzten großen Ministerrath vom Sonnabend auch noch nicht ausgetragen worden. Der Zwitterzustand hat natürlich zur Folge, daß die Civil-commissare in occupirten Provinzen völlig rathlos sind. Ich kann hier ein bezeichnendes Beispiel anführen. In Mostar war bereits ein Postamt errichtet zur Verwunderung aller Eingeborenen und Befriedigung der Fremden. Dasselbe mußte auf Befehl, da nichts Definitives organisirt werden darf, schleunigst wieder aufgelöst werden. Kein Mensch weiß, in wessen Namen derzeit in Bosnien regiert werden soll, ob Rücksichten auf den Sultan zu nehmen sind, ob die beiderseitigen Ministerien auch eine Stimme haben, ob das Ministerium des Auswärtigen maßgebend ist oder die Kriegsverwaltung und in letzterer fragt es sich wieder um die Kompetenz der Cabinetskanzlei, des Kriegsministeriums und des Generalstabses. Man will wenigstens soweit zu einer Harmonie

